Nr. 46 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 16. Februar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 8 38, Verlag Nr. 13 8 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Satzsatz mit 10 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Rabatt nach Tarif. Offertengebühr 20 Pf. Auf viele Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Anzeigen- und Beilagenannahme durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreise: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk., frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk., frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,32 „ „ 6,96 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. nächstl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

20 feindliche Fesselballone und 151 Flugzeuge im Januar abgeschossen

Die Hauptangeklagten im Voloprozeß zum Tode verurteilt — Eine chemische Fabrik bei Palermo von einem U-Boot beschossen — Aufstellung einer halben Million Mann russischer Revolutionstruppen

Der Ansturm auf Lloyd George

* Genf, 15. Februar.

Nach Londoner Depeschen der Pariser Donnerstagspresse hatte sich Lloyd George am Schlusse seiner Unterhausrede gegen einen starken Ansturm der Gegner des einheitlichen Entente-Oberkommandos zu verteidigen. Als Lloyd George sagte, der deutsche Generalstab würde Millionen dafür zahlen, wenn er auf Asquiths Frage über die Versailler Beschlüsse antworten würde, erhob sich Asquith und verwahrte sich gegen den Vorwurf, er habe militärische Geheimnisse aus Lloyd George herauslocken wollen. Die Liberalen sekundierten Asquith unter gewaltigem Lärm. Sie schrien: „Demission, Demission!" Lloyd George machte dann Asquith einige Komplimente. Die Aufregung legte sich aber nicht, im Gegenteil, der Lärm wuchs, als Lloyd George den Pressefeldzug gegen die Versailler Beschlüsse kritisierte. Die Opposition rief: „Warum stopfen Sie der Northcliffe-Presse nicht den Mund? Es ist eben Ihre eigene Presse! Sie bezieht ihre Informationen gerade von Ihnen!" Lloyd George schrie: „Das ist eine gemeine Lüge!" Der Premierminister redete sich dann in große Wut: Die Hetzereien der Presse machten ihm die Kriegführung einfach unmöglich. Wenn man kein Vertrauen mehr zu ihm habe, so solle man in Gottes Namen die Regierung wechseln. Auf die Rede Lloyd Georges folgte ein höchst interessanter Wortwechsel zwischen Bonar Law und dem Abgeordneten Pringle. Dieser fragte, ob es richtig sei, daß der Generalstabschef Robertson abberufen sei oder demissioniert habe. Bonar Law sagte: „Das ist unrichtig!" Pringle entgegnete: „Das ist doch höchst merkwürdig!" Bonar Law verbesserte sich: „Die Behauptung ist unrichtig, wenigstens, soweit es mir bekannt ist." Diese Einschränkung machte Sensation. Viele Abgeordnete zogen daraus die Folgerung, die Behauptung Pringles sei doch richtig. Macdonald polemisierte dann gegen die Veröffentlichung des „Petit Parisien" über angeblich an Lenin und Trotzkij gezahlte deutsche Bestechungsgelder. (!) Es handle sich um Fälschungen.

Inzwischen scheint sich der Sturm wieder zu legen. Die „Times" sagen, daß man am Mittwoch im Unterhause so gut wie nichts mehr über die Krisis hörte. Die Debatte im Unterhause verlief ruhig, und die Tatsache, daß nur eine sehr geringe Anzahl von Mitgliedern für einen pazifistischen Bedauernsantrag Holts stimmte, der abgelehnt wurde, würde einen reinigenden Einfluß ausüben. — „Manchester Guardian" schreibt: „Die Regierung hat im Unterhause eine gemischte, aber feste Mehrheit. Nur wenn General Robertson zurücktreten würde, würde die Regierung durch ein Bündnis von solchen Liberalen und Konservativen, die mit der Armee in Verbindung stehen, bedroht werden. Aber mit der ganzen Frage dürften ernste Gefahren nicht verbunden sein." Einige englische Blätter, vor allem der radikale „Star", versuchen dagegen den Eindruck zu erwecken, daß die Stellung des Kabinetts stark erschüttert sei. Es ist kein Zweifel, daß das Ansehen Lloyd Georges im Unterhause einen Stoß bekommen hat.

*

Aus der Unterhausdebatte

× London, 13. Februar. (Reuter)

Im Unterhaus erwiderte Bonar Law auf verschiedene Kritiken an den Arbeitsleistungen der verschiedenen Verwaltungszweige. Er sagte u. a.: „Unser Land war das einzige im Kriege, wo keine Verminderung der Nahrungsmittelerzeugung eingetreten ist. Die gesamten Vorräte an Weizen Ende Dezember letzten Jahres überschritten in unserm Lande die von Ende Dezember 1916 um nicht weniger als zwei Millionen Quarter." Vom Munitionsdepartement sagte er: „Unsre Geschütze in Frankreich haben um 30 Prozent zugenommen und unsre Flugzeuge sind 1917 vermehrt worden. Unser Land war trotz dem Beistand Amerikas imstande, einigen unsrer Verbündeten Hilfe zu leisten." Bonar Law schloß mit einer Verteidigung des gegenwärtigen Regierungssystems und einem Hinweis, daß das Kriegskabinettssystem von allen Kriegführenden angenommen worden sei.

Lord Robert Cecil sagte in der Debatte, eine große Anzahl Redner habe betont, daß die militärischen Mittel nicht die einzigen seien, die zur Beendigung des Krieges angewendet werden sollten. Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, dieses Mittel zu gebrauchen, um den Krieg zu Ende zu führen: „Snowden hat erklärt, daß Milner, als er in Rußland war, die Vereinbarung bekämpfte und ihr zustimmte, die, wie er sagte, zwischen Frankreich und Rußland wegen des linken Rheinufers getroffen sei. Diese Behauptung ist völlig unbegründet." Ueber die Geheimdiplomatie sagte Cecil, er dächte, daß kein Land in Europa, weder früher noch gegenwärtig, sich mehr der Geheimdiplomatie im schlimmsten Sinne schuldig gemacht habe, als Deutschland. Cecil stellte die Wilsonsche Forderung über Belgien und den Völkerbund ihrer „Annahme" durch den Feind gegenüber. Unter dem Dokument dieser Annahme würde beinahe jede Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich den deutschen Staatsmännern völlig freistehen. Hertling habe vorgeschlagen, die Erwägungen über den Abschluß eines Völkerbundes bis nach dem Friedensschlusse zu verschieben. Das sei keine Haltung, die die britische Regierung annehmen könnte. Was die Geheimverträge angehe, glaube er, daß sie durchaus zu rechtfertigen seien. Nachdem die Regierung alles das, um dessentwillen sie die Verträge geschlossen habe, erreicht habe, werde die Regierung von diesen ehrenwerten Herren aufgefordert, sich von diesen Verträgen loszusagen. Die Regierung, die sich aus Furcht vor der Unpopularität dieser Verträge auf das, was diese Herren verlangen, einlassen würde, wäre für ihr Amt völlig unfähig. (Beifall.) Es habe keinen Zweck, den Versuch zu machen, über den Frieden zu diskutieren, wenn der Feind keinen Frieden wolle. Wenn die Regierung nicht vor dem Feinde krieche und einen Frieden um jeden Preis anbiete wolle, so geschehe es, weil sie überzeugt sei, daß ein solcher Friede nicht nur von dem englischen Volke verschmäht werde, sondern auch keine dauerhafte Grundlage für die Ordnung der Völker in Europa bilden würde. (Beifall.)

*

Ein Antrag der Arbeiterpartei

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

s. Basel, 15. Februar.

„Morning Leader" meldet, die englische Arbeiterpartei habe am 12. Februar im Unterhause einen Antrag eingebracht, der neue Erhebungen der Regierung darüber verlangt, ob die Einladung an alle Kriegführenden zu einem Meinungsaustausch bzw. zu einer Besprechung vor der Aufnahme der großen Frühjahrsschlachten nicht angezeigt erscheint. Der Antrag ist von der Mehrzahl der Mitglieder der Arbeiterpartei und von zwölf Iren unterzeichnet. „Morning Leader" selbst glaubt jedoch nicht, daß die friedensfeindliche Mehrheit des Unterhauses sich zu einer Aenderung der bisherigen Stellungnahme bereitfinden lassen wird.

*

Auch Balfour verneint

× London, 14. Februar. (Reuter)

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses bei der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede hielt Balfour eine Rede, in der er den Angriffen mehrerer Abgeordneter auf den Obersten Kriegsrat in Versailles entgegentrat und sagte, der Oberste Kriegsrat sei in erster Linie zur Besprechung der großen militärischen Fragen zusammengekommen und habe eine Erklärung über die Schlüsse abgegeben, die aus den Reden des Deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern gezogen werden müßten. Er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. Wenn über Friedensbedingungen verhandelt worden wäre, so hätten die auswärtigen Minister aller beteiligten Länder anwesend sein müssen, was nicht der Fall war. Der Kriegsrat habe über die Reden Hertlings und Czernins zwar verhandelt, aber darin keine Friedensannäherung gefunden. Aus diesem Grund seien die Verhandlungen über die militärischen Maßregeln wichtiger gewesen denn je. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorzuwerfen, daß sie sich nicht diplomatischer Mittel bediene. Diplomatische Methoden hätten nur dann Zweck, wenn man mit einem Volke zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber allen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hegten. Der Unterschied im Ton, nicht im Wesen, den Czernins Rede gegen die Herrlings aufweise, lasse zwar darauf schließen, daß Oesterreich-Ungarn vernünftiger denke als sein übermächtiger Verbündeter. Aber wenn gesagt werde, daß man aus Czernins Rede den Schluß ziehen dürfe, daß Deutschland bereit sei, einzulenken, so sei dies doch eine höchst extravagante Auffassung.

*

Friedenskundgebungen in London

* Rotterdam, 15. Februar.

In London fanden in den letzten Tagen große Kundgebungen zugunsten des Friedens statt. Auch abends fanden Versammlungen statt, die von Tausenden von Arbeitern besucht waren. Die kommenden Arbeiterkongresse haben sich zweifellos mit einem starken Drang nach Frieden zu befassen.

Erkundungsgefechte im Westen

× Großes Hauptquartier, 15. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minentätigkeit. Abteilungen eines Marinekorps brachten von einem Erkundungsvorstoß gegen die belgischen Linien nordwestlich von Mannekensvere zwei Offiziere und 26 Mann gefangen zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nordwestlich und östlich von Reims rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Prunay und südöstlich von Tahure entwickelten sich lebhafte Artilleriekämpfe.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Die Gefechtstätigkeit lebte im Oberelsaß zeitweilig auf.

Im Januar betrugt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 20 Fesselballone und 151 Flugzeuge, von denen 67 hinter unsern Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 68 Flugzeuge und 4 Fesselballone verloren.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Todesurteile im Voloprozeß

× Paris, 14. Februar. Bolo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Prochore wurde zu drei Jahren Gefängnis, Cavallini in contumaciam zum Tode verurteilt.

*

Die Urteile können nicht überraschen. Die Prozeßführung war darauf eingestellt, die Hauptangeklagten als Schuldige zu verurteilen. Der Vertreter der Anklage, Leutnant Mornet, beantragte nach einem langen und leidenschaftlichen Plaidoyer gegen Bolo Pascha die Todesstrafe. Unter großer Erregung des Publikums schloß Mornet seine Anklage unter den Worten: „Das Urteil in der größten Verratsaffäre, die das Vaterland seit Kriegsbeginn bedrohte, soll gegen den Bolosismus gefällt werden. Gegen diese ungeheure Verschwörung gibt es nur ein Mittel: Hinrichtung durch Erschießen im Polygon von Vincennes!" Also nicht so sehr Bolo, als der „Bolosismus" sollte verurteilt werden, das sind alle angeblichen Versuche, Friedensmöglichkeiten durch geheime Verhandlungen über das neutrale Ausland zu eröffnen. Das „Bolosismus" wird bekanntlich auch Caillaux angeklagt. Einen förmlichen Schuldbeweis gegen Bolo vermochte die Anklage nicht zu erbringen, aber seine zahlreichen Beziehungen, seine Betriebsamkeit genügten, den Verdacht des Landesverrates in den Augen derer zu stützen, die in Frankreich jetzt die Ablenkung von den Schuldigen am Kriege suchen.

Die Zeugenaussagen waren zum großen Teil für Bolo nicht ungünstig. Einer der letzten Zeugen war der Bruder des Angeklagten, der päpstliche Protonotar und Bischof Bolo. Er schilderte die Jugend des Bruders und seinen Lebenslauf und ging besonders auf die sogenannten amerikanischen Schuldbeweise ein, deren dokumentarischen Wert er mit Scharfsinn verneinte. Der Regierungskommissar Leutnant Mornet konnte sich nur darauf berufen, daß die sogenannten Telegramme Bernstorffs von der amerikanischen Regierung übermittelt worden seien, also von einem französischen Staatsanwalt als offizielle Dokumente angesehen werden müßten. Die Originale legte die amerikanische Regierung nicht vor. Bischof Bolo sagte sodann aus, daß er nach Spanien und der Schweiz gehen wollte, um die übrigen Angaben der Anklage nachzuprüfen, daß ihm aber die Regierung trotz einer persönlichen Audienz bei Clémenceau die Reisepässe verweigert habe. Der Bischof erhob sehr beweat Widerspruch gegen diese Maßregel die auf sein Vaterland einen bösen Verdacht werfe, ein Einwurf, der ihm den Beifall des Publikums eintrug und die Anweisung einiger Kutscherr zur Folge hatte. Der ehemalige Minister und Abgeordnete Violette, dessen Vorladung der Regierungskommissar zuerst abgelehnt hatte, bestätigte, was die früheren Ministerpräsidenten Viviani und Mibot, die sämtliche Akten über Bolo kannten, äußerten, daß man aus diesen Akten die „Ueberzeugung" von der Schuld Bolos gewinnen könne, daß sie aber keine formellen Beweise enthalten. Auch die Militärjustiz habe die Beweise für ungenügend gehalten und lange geschwankt, weil sie keine Verhaftung vornehmen wollte, die nachher wieder rückgängig gemacht werden könnte. — Dennoch die Todesurteile! Damit ist dem Caillaux-Prozeß ein Vorspiel vorausgeschickt worden, auf das sich die französischen Militärrichter berufen können.

Postluftdienst Washington—New-York

× Washington, 10. Februar

Das Postamt forderte zu Angeboten von fünf Luftfahrzeugen auf, die einem vom 1. Mai an aufzunehmenden beständigen Postluftdienst zwischen den Städten Washington und New-York über Philadelphia dienen sollen. Der Kongreß bewilligte für diesen Postluftdienst, von dem die Sachverständigen erklärten, er sei bereits über das Versuchsstadium hinaus, 100 000 Dollar. Jedes Luftfahrzeug soll 800 Pfund Postsachen 200 Meilen weit ohne Unterbrechung der Fahrt tragen können.

Der Friede im Osten und die Ukraine

Von Jan Eyssen

Der Wirbelstrom großer Ereignisse der Kriegsjahre hat uns gelassen und fast gleichgültig gemacht. Was kommenden Geschlechtern als die Wasserscheide geschichtlichen Geschehens gelten wird, sieht die Zeitgenossen selbst im Tagewerk des kleinlichen Parteistreites. Aber die Ahnung, daß der Friede im Osten mehr bedeutet als das Ende des Zweifrontenkrieges, läßt sich ebensowenig abstreiten wie das Gefühl, daß neue Triebkräfte der europäischen Politik in der Entwicklung begriffen sind. Die Staatwerdung der Ukraine ist der Beginn des Umbaues des Ostens nicht nur als wirtschaftlichem und politischem, sondern auch auf kulturellem Gebiete. Denn welche Wirkung muß es auf die russische Seele üben, daß im Kriege mit den Mittelmächten das Zarat in Stücke ging, daß der alltatarische Gedanke, der auch den faulenden Westen erneuern wollte, umgebogen und zurückgestoßen wurde. Heute läßt sich allerdings noch nicht übersehen, ob die Neuordnung der Dinge in verhältnismäßig friedlichen Bahnen erfolgt oder ob nicht neue Stürme das Gefüge des großrussischen Reiches weiter erschüttern werden. Zunächst ist doch wohl die Frage zu beantworten, ob der Knochenbau der neuen unabhängigen Staaten, der Ukraine in erster Reihe, stark und kraftvoll genug ist, um ein eigenes Leben zu tragen. Dazu reicht nicht aus, die Meinung der Parteiführer allein anzuhören.

Was einen Staat lebensfähig macht, ist nicht allein eine geschichtliche Legende. Auch Sprache und nationale Kultur genügen nicht, wenn sich zu ihnen nicht die Unvereinbarkeiten staatlicher Gesinnung gesellen. Noch kennen wir nicht die tatsächlichen Grenzen der Ukraine, die ja nicht nur gegenüber dem festen Staatenbau der Mittelmächte, sondern auch gegenüber der weichen Masse des großrussischen Reiches gefunden werden müssen. Es ist überflüssig, den Umfang auf achthunderttausend Geviertkilometer zu berechnen, die östliche Grenze auf dem rechten Ufer des Don zu finden, um von der Mündung dieses Flusses bis an die nördlichen Terrassen der kaukasischen Berge zu reichen. Auch von der Vierzigmillionenbevölkerung sind einige Abstriche zu machen, da die Randgebiete nur einen mehr oder weniger geringen Einschub ukrainischer Bevölkerung aufweisen. So unbestritten es ist, daß die Ukraine = Mark, Grenzland, über reiche Gebiete verfügt, darunter das der Schwarzerde, so bestritten ist oder, ob das ukrainische Nationalgefühl stark genug ist, die äußere und innere Freiheit und Unabhängigkeit zu gewährleisten. Die Jahrhunderte zarischer Herrschaft haben wie ein Bügeleisen gewirkt, wobei die Mitarbeit der schismatischen Kirche nicht unterschätzt werden darf. Wer heute Ritschls große Karte der Völker und Völkersplitter Rußlands ansieht, gewahrt im Süden nur das große, unendliche ariine Meer des eigentlichen Rußlands, von dem im Westen die Polen, im äußersten Süden sich die bunte Musterkarte der kaukasischen Völkerschaften abhebt. Nichts weist auf eine Trennungslinie von Kleinrussen (Ukrainern) und Großrussen, zumal ja in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, da der russische Oberst Mitich seine Karte schuf, die Verpflanzung in dem berücksichtigten Erlaß vom Jahre 1876 die Scheitelhöhe erreicht hatte. Aber die Ukraine hat nicht nur eine russische Leidenszeit hinter sich. Seit dem Zusammenbruch des Reiches von Halitsch und der Vereinigung Litauens mit Polen unter den Jagellonen im vierzehnten Jahrhundert waren die Reußen (Ukrainer) der Herrschaft der polnischen Könige unterworfen. Vor der geschichtlichen Kritik hat die Legende, daß der große Kosakenaufstand im siebzehnten Jahrhundert ein Freiheitskampf der Ukrainer gegen die Polen war keinen Bestand. Wenn sich damals die Ukraine rechts des Dnepr an den Karen von Moskowien übergab, so geschah das zwar in Form eines freien Vertrages, der nichtsdestoweniger von den Moskowitern gebrochen und in ganz anderm Sinne ausgelegt wurde. Aber der große Kosakenaufstand, so befruchtend er auf die Volksphantasie gewirkt haben mag, hatte eine für die nationale Selbständigkeit der Ukraine böse Folge: er führte zur Vernichtung des ritterlichen Adels. Und was dem Gemetzel entrann, entnationalisierte sich gerade in den Teilen, die bei Polen blieben.

Ein großukrainisches Reich, das vom Don im Osten bis zu den Karpathenwällen im Westen und dem Schwarzen Meer im Süden reicht, hat in der Vergangenheit niemals bestanden. Byzanz nannte deshalb auch den Süden des alten Kurikidenreiches Klein-Reußen, weil es aus Teilfürstentümern bestand, im Gegensatz zu Groß-Reußen jenseits der Wälder, das nur dem Großfürsten von Moskau gehorchte. Immerhin blieb nach der Vereinigung mit Moskau im siebzehnten Jahrhundert die Erinnerung an eine große Vergangenheit lebendig, die im Kiewer und Halitscher Reich ihre goldene Zeit erreichte. Polen tat indessen das Seine dazu, um die einmal vollzogene Trennung zu vertiefen, vor allem durch die Kirchenunion, die die religiös empfindsame Seel. der Klein-Reußen (Ukraier) in zwei Teile zerriß. Erst im neunzehnten Jahrhundert, nachdem die Teilungen Polens den östlichen Kern der Ukraine an Rußland gegeben hatte, wurde die Kirchenunion unter Nikolaus I. und Alexander II. aufgehoben und selbst in ihren letzten Spuren beseitigt. Die orthodoxe (schismatische) Kirche war ja eines der großen Mittel der Verrussung der Fremdvölker des Zarats. Aber schon im achtzehnten Jahrhundert hatte der Ausrottungskrieg gegen das geistige Kleinrussentum begonnen. Die ukrainische Sprache wurde verfolgt, in den Volksschulen der Unter-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180216/1